

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verfindigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die breitgehaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Der Tag der Heimkehr.

Die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege

behandelt Paul U n b r e i t. Er macht darauf aufmerksam, daß man in den Kreisen unserer Zivilbehörden, besonders der Gemeindeverwaltungen, die nach Friedensschluß entstehenden Schwierigkeiten fürchtet, und daß man deshalb in diesen Kreisen dringend wünscht, die Heeresverwaltung möchte die Mannschaften so lange bei der Front behalten, wie dabei für sie Arbeit, Wohnung und alles Lebensnotwendige beschafft und sichergestellt sei. Demgegenüber erhob U n b r e i t schon vor den Gemeinderäten aufgestellte Forderungen, daß kein Heeresangehöriger länger im Heeresdienst zurückgehalten werden dürfe, als dies militärisch notwendig ist. Finanziell mache es keinen Unterschied, ob die Arbeitslosen als Heeresangehörige Mannschaftslohn und Verpflegung und ihre Familien-Unterstützung erhielten, oder ob die Heeresklassen als Arbeitslose unterstützt würden. Die Arbeitslosen dürften nicht bei unproduktivem Heeresdienst Lagerdienst erhalten werden, sondern es müsse für sie so schnell wie möglich Arbeit beschafft und die verbleibenden Arbeitslosen müßten unterstützt werden. U n b r e i t rechnete damit, daß die Zahl der Arbeitslosen recht bedeutend sein wird. Auch er fordert die Finanzgrößen notwendig und produktiver Arbeiten, die der Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft dienen. Bei der Instandsetzung der aus dem Kriege heimgeführten Bestände an Waffen, Bekleidung, Ausrüstung usw. seien zehntausende Arbeitskräfte unterzubringen. Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und Güter, der während des Krieges aufgebrauchten oder abgenutzten Eisenbahn- und sonstigen Beförderungsmittel würden der deutschen Volkswirtschaft Hundertmillionenarbeitgeber zuführen können. Als Unternehmer großer Reichsbetriebe im Holz-, Telegraphen- und Telephonwesen sowie im Zement- und Ziegelwesen habe das Reich großen Bedarf an Bauten, Dienstleistungen, Bureaueinrichtungen usw. Der Schiffbau erfordere Arbeitskräfte. Durch eine großzügige Kanalbaufrage könnte die Uebersandwirtschaft außer Wirkungsworte gefördert und viel Arbeitslosenunterstützung gespart werden. Auch die Staatsregierungen, die Provinzen und Kreise sowie die Gemeinden könnten das Wirtschaftswesen durch Inangriffnahme eigener Arbeiten befördern, zum Beispiel durch die Deckung des Bedarfs der Bildungs-, Heil- und Versorgungsanstalten, durch den Bau der nötigen Straßen, Kanäle, Hafens, Strom- und Wohnungsbauten, durch Stillierungsarbeiten und anderes mehr. Bei alledem sei aber ohne eine Unterstützung der Arbeitslosen durch Reich und Gemeinden nicht auszukommen, und sobald als möglich sei die Reichsarbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen.

U n b r e i t's Rede der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen gewidmet, so behandelt Dr. Käthe G a e b e l die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Sie erwartet, daß auch nach Rückkehr der Männer ins Erwerbsleben das Angebot weiblicher Arbeitskräfte sehr groß bleiben wird. Um keine chaotischen Zustände auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen und um ein Verfehlen der auf Arbeit angewiesenen Frauen in die öffentliche Armenpflege zu verhindern, schlägt Käthe G a e b e l verschiedene Maßnahmen vor, vor allem den Ausbau der Frauenabteilungen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen und die Einschüpfung des öffentlichen Arbeitsstellen sowie die Vergabung staatlicher und gemeindlicher Aufträge (Wäschearbeiten usw.) an Frauen, die bedürftig sind und wegen Keimhaftigkeit oder familiärer Unabkömmlichkeit keine andere Arbeit übernehmen können. — Dr. Ludwig Heyde behandelt in seinem Vortrag Angelegenheiten der Frauen, die uns als Arbeiter weniger stark betreffen. Dagegen hat der Vortrag des Schönberger Stadtrats Dr. L i c h t über

Großstadtprobleme

wieder allgemeine Bedeutung. Nicht wirt die Frage auf, ob wir hinreichend für die Wohnungen der Heimkehrenden

georgt haben, und er muß diese Frage verneinen. Mit Recht sagt er, daß auf diesem Gebiete die Aufgabe nicht mit der Schaffung eines bloßen Obdachs gelöst sei; es gehöre dazu auch, daß die Wohnungen menschenwürdig seien. Nicht tritt für den Bau von Wohnungen mit Kleingärten auch in der Großstadt ein. Aber dazu seien bis jetzt keine Vorbereitungen getroffen, und es seien in jenen Großstädten, die kein Eigenleben führen, sondern mit anderen Gemeinden zusammengewachsen sind, vielfach auch gar keine Vorbereitungen möglich. Es fehlt auf den Gemeinden an freiem Siedlungsland, die Rücksicht auf den Wettbewerb der Nachbargemeinden zwingt sie, ihren Steuerfuß so niedrig wie möglich zu halten, weil sie sonst die wohlhabendsten Steuerzahler leicht verlieren. Das hindert sie, für den Bau von Arbeiterwohnungen größere Aufwendungen zu machen. Um diesen Lebensnöten abzuwehren, fordert L i c h t die Aufgabe der gemeindlichen Beschäftigung, die Schaffung einheitlicher Großgemeinden mit einheitlicher Verwaltung überall dort, wo jetzt mehrere funktionierende Gemeinden wirtschaftlich und tatsächlich bereits eine Einheit bilden. In solchen Gemeinden könnte endlich auch das Arbeitsnachweiseswesen einheitlich geregelt werden.

Das Baugewerbe nach dem Kriege.

Für uns Bauarbeiter besonders interessant ist der Vortrag des königlichen Baurats W e r n h a r d über das Baugewerbe nach dem Kriege. W e r n h a r d geht von der während des Krieges eingetretenen Verarmung des Hausbesitzers aus. Diese werde zur Folge haben, daß die Privatkapitalisten nach dem Kriege ihr Vermögen nicht zur Beschaffung von Wohnungen bereitstellen würden, weil sie ihr Geld bei anderen Unternehmungen lohnender anlegen könnten. Auch von den kapitalistischen Baugewerbetreibenden und den Bauhelferinnen erwartet W e r n h a r d keine nennenswerte Beteiligung der Bautätigkeit, wohl aber von den großen Bauhand- und Baugesellschaftlichen, die „nach Eintritt geeigneter Verhältnisse“ ihre Grundstücke aufbringen vermögen würden. Dabei setzt er eine erhebliche Steigerung der Mieten und demgemäß eine bessere Rentabilität des Hausbesitzes voraus.

Die Hoffnung, daß das Baugewerbe nach Kriegsende eine solche Tätigkeit zu erwarten habe, bezeugt W e r n h a r d als einen großen Irrtum. Er erinnert daran, daß jetzt alle Nebengewerbe zur Beschaffung der Baustoffe, die erst eine intensive Bautätigkeit ermöglichen, vollständig darübereisen, daß uns alle Baustoffe fehlen, um auch nur den einfachsten Bau ausführen zu können. Bevor man an die Beschaffung von Rohstoffen denken könne, müsse man deshalb zuerst versuchen, die Produktion der Baustoffe wieder zu beleben, die verfallenen Ziegelteiler, die Steinbrüche, Kalkbrennereien usw. wieder in Betrieb zu setzen. Was von der Arbeitsbeschaffung durch das Baugewerbe allgemein gesagt werde, gelte nicht nur vom Wohnungsbau, sondern ein Irrtum, wenn angenommen werde, daß hierbei Massen von Arbeitslosen verwendet werden könnten. Bevor ein Kanal gebaut werden könne, müsse ein Meer von Bauarbeitern, Ingenieuren, Techniken usw. in jahrelangem Studium die Spezialpläne festlegen. Sei das geschehen, dann könne bei solchen Arbeiten auch noch keine unbegrenzte Zahl von Arbeitern beschäftigt werden; denn die Kanäle würden heute vorzugsweise mit Maschinen ausgeführt, und die Zahl der hierinnen erforderlichen Arbeitskräfte sei nur klein; am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, der in drei Jahren 800 Millionen Mark Baustoffen erfordert habe, seien beispielsweise nur 12 000 Menschen beschäftigt worden.

Alles in allem kommt W e r n h a r d zu dem Schluss, daß die bestehenden Baugewerbe- und Bauhilfsleistungen die private Bautätigkeit vorerst ganz unmöglich machen und daß auch Reich, Staaten und Gemeinden ihre Bautätigkeit nur dann wieder aufnehmen können, wenn die Baugewerke sofort wieder in Betrieb gesetzt, die Finanzierungsfragen geregelt, die Bauverfahren und Zeichnungen soweit ausgearbeitet und bereitgehalten werden, daß tatsächlich nach Wiederrückkehr des Krieges sofort mit ihren Bauarbeiten

begonnen werden kann. Das sind im wesentlichen die gleichen Auffassungen, die auch die Bauarbeiterverbände in ihrer Eingabe zur Uebersandwirtschaft vertreten haben. Leider hat man bis heute noch nicht gehört, daß bereits dieser Eingabe entsprechend gehandelt wird.

Wohnungsnot und Finanznot.

Daß die Wohnungsfrage eine Finanzfrage ist, zeigt Dr. K u c z n o w s k i in seiner Rede über Wohnungsnot und Finanznot. Wir haben bereits jetzt mit einer jährlichen Steuerlast von 14 Milliarden zu rechnen. Wo sollen da die Mittel zur Behebung der Wohnungsnot herkommen? Dr. K u c z n o w s k i schlägt vor, das Reich möge sich von den Kinderlosen und Kinderarmen die Mittel holen, die es zur Versorgung der Kinderreichen mit Wohnungen braucht. Der Wettbewerb um die leerstehenden Kleinwohnungen wird nach seiner — durchaus richtigen — Meinung dazu führen, daß die kinderreichen Familien noch mehr in unzulängliche, menschenunwürdige Behausungen gedrängt werden und daß die Mieten allgemein steigen. Eine starke Mietsteigerung müsse aber schon mit Rücksicht auf die Finanznot des Reiches vermieden werden. Ohne starke Heranziehung von Reichsmitteln sei die Lösung der Wohnungsfrage unmöglich. Dr. K u c z n o w s k i will die nötigen Mittel dadurch beschaffen, daß er dem Reich den Pflichtteil eines Kindes einräumt, wenn ein vermögendes Erblasser bei seinem Tode nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt. Er erwartet davon nach vorläufiger Schätzung einen jährlichen Reinertrag von etwa 600 Millionen Mark. Davon möchte er den Gemeinden für bevölkerungspolitische Zwecke, insbesondere zur Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien 100 Millionen zuweisen und den Rest für allgemeine Reichszwecke verwenden lassen.

Wohnungsnot und Ziegelbeschaffung.

D. W. A. Gegenwärtig bringt beinahe jeder Tag eilige und dringliche Aufgaben im Wohnungsnot; unter die eiligsten und dringlichsten aber gehören Vorkerkungen zur Wiederingangsetzung der Ziegelsteinherstellung. Gegenüber der zu erwartenden Wohnungsnot muß nach Eintritt des Friedens schleunigst geteilt werden; zum Bau aber gehören Ziegelsteine. Wo jedoch diese hernehmen? Diese Frage behandelt eine eilige Eingabe, die der Deutsche Verein für Wohnungsreform und die Kriegswirtschaftliche Vereinigung in Berlin vor kurzem gemeinsam an Bundesrat und Reichstag gerichtet haben. Es heißt da: „Nennenswerte Vorräte an fertigen Ziegeln dürften im Augenblicke des Friedensschlusses nicht mehr vorhanden sein; andererseits braucht es aber zur Wiederherstellung von Ziegeln längere Zeit. Werden daher die nötigen Vorkerkungen für eine größere Ziegelherzeugung nicht rechtzeitig getroffen, so kann aus Mangel an Ziegeln erst im Frühjahr 1919 die eigentliche Bauperiode beginnen und eine größere Zahl von Wohnungen erst im Herbst 1919 auf dem Markt gebracht werden. Die Folgen einer solchen Verzögerung könnten nicht näher dargelegt zu werden; sie könnten geradezu unbeschreiblich werden. Gegenwärtig arbeiten von den rund 10 000 deutschen Ziegelleiern nur noch etwa 7 vom Hundert, 93 vom Hundert sind geschlossen, ungerechnet die 8000 kleinen landlichen Ziegelleiern, die ebenfalls nicht mehr arbeiten. Die Verhältnisse werden dadurch noch ungünstiger, daß unter den wenigen im Gange befindlichen Ziegelleiern eine größere Anzahl Ziegelleiere sind, die nur für bestimmte Betriebe, nicht aber für den offenen Markt arbeiten. Nach alledem muß die dringende Forderung erhoben werden, unverzüglich die notwendigen Vorkerkungen zu treffen, um die Lieferung einer ausreichenden Menge von Ziegeln alsbald nach Friedensschluß zu sichern. Hier sei nur betont, daß notwendig sind: 1. Die sofortige Vereinstellung von Arbeitskräften, namentlich aus den Gefangenen für die Instandsetzung und den Betrieb der Ziegelleiere; 2. die Zurückweisung von Stoffen an die Ziegelleiere für den Zeitpunkt, wo das Brennen wieder beginnt (Wärme). In Ergänzung möchten wir hierzu noch bemerken, daß auch eine sofortige Zurückweisung von Stoffen zum Brennen fertiger Ziegelleiere haben, erforderlich erscheint. Unserer Kenntnis nach han-

id. Am
ruffige
iges ge
mas die
mel des
er — sie
urgewo
ig zwar
steigen
den Weg
O. I. o.

deß.
ge.
e n wird
die Wahl
morgens

ö b a u.
Januar
im 11.

gereine
angig 9.
11, 6, 80,
11, 2, 40.

in 27, 50,
M. 25,
M. 5, 70.
hand.

m.
hren
das
von
war
er
ber
nt
an
ber
im
d.
d.
im
m
ren

ger,
rett
are
im

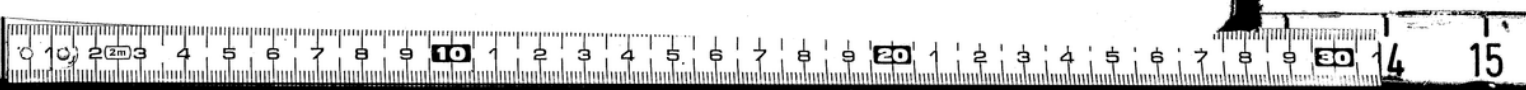
ied
on
er)

to
an

es
im

eb
n.
h.
en
er

ant,
ist,
er



Das ist die Sache mit den unterirdischen Kammern. Ein...
die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Freistellungsberichte vom 4. und 11. Februar.

Nach dem Freistellungsbericht vom 4. Februar...
die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...

Table with 3 columns: Ort, Zahl der Freigestellten, Zahl der Bewerberinnen. Rows include 1. Rönigsberg, 2. Bromberg, 3. Stettin, etc.

Table with 3 columns: Ort, Zahl der Freigestellten, Zahl der Bewerberinnen. Rows include 1. Rönigsberg, 2. Bromberg, 3. Stettin, etc.

Berichte. Bezirk Stettin. Vertragstreue. In Goll...
die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...

die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...

die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...
die Arbeiter sind noch immer...

